



Verteilungsentscheidungen in der Kinder- und Jugendhilfe *am Beispiel der Kitaplatzvergabe* *„wie es ist und wie es sein sollte“*





Agenda

- Einleitung
- Normative Anforderungen an Verteilungsentscheidungen
 - Fall 1: Individualisierungsprinzip und Wunsch- und Wahlrecht
 - Fall 2: Sozialleistung
- Kitaplatzvergabe in der Praxis
- Ausblick und Thesen



Einleitung

T+ „Längst am Limit“ Der Berliner Kinder- und Jugendhilfe droht der Kollaps

Pandemie, Kriege, Fachkräftemangel: Die stationären Einrichtungen in Berlin arbeiten am Limit. Die Zahl der akut bedrohten Kinder hat sich indes verdoppelt.

Von Eva Steiner
29.11.2022, 21:21 Uhr

welt+ SOS-KINDERDORF-VORSITZENDE

„System der Kinder- und Jugendhilfe kollabiert“



Von **Sabine Menkens**
Politik-Redakteurin

Veröffentlicht am 09.04.2024 | Lesedauer: 6 Minuten

Aktuelle Studie

Sozialarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe sind überlastet

Fast 13.400 Sozialarbeiter gibt es an deutschen Jugendämtern. Sie haben zu viele Fälle, zu wenig Zeit und sind nur mangelhaft ausgestattet - das zeigt eine neue Studie.

Von **Armin Himmelrath**
14.05.2018, 13.59 Uhr

Personalnot und Platzmangel

Jugendämter in der Krise - folgeschwer für Kinder in Not

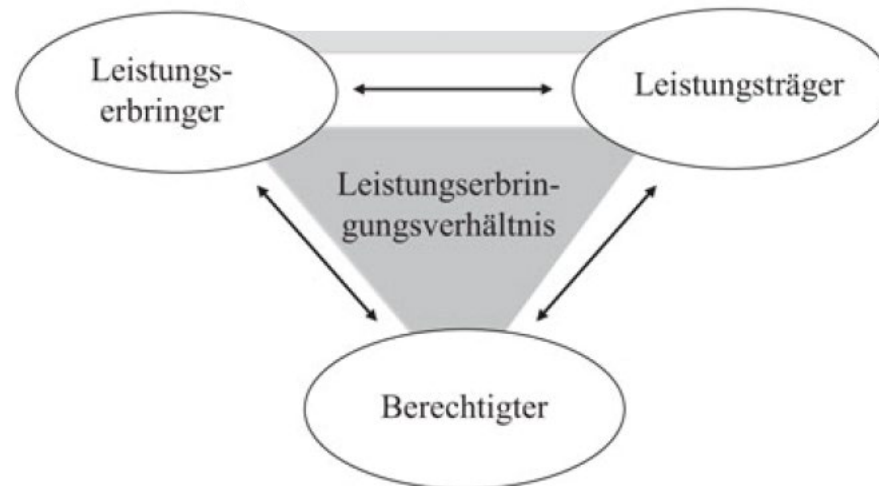
Aktualisiert am 12. Januar 2025, 8:30 Uhr ⓘ Quelle: dpa



ZEIT ONLINE hat diese Meldung redaktionell nicht bearbeitet. Sie wurde automatisch von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) übernommen.



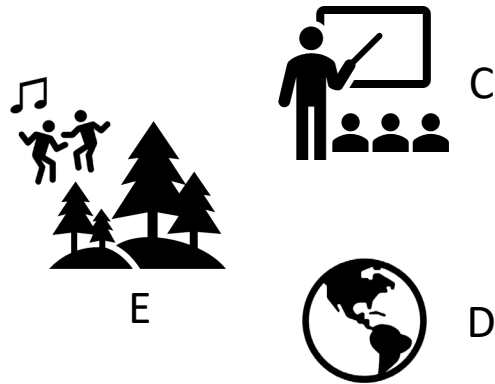
Jugendhilferechtliches Dreiecksverhältnis



Quelle: Becker/Meeßen/Neueder/Schlegelmilch/Schön/Vilaclara, Strukturen und Prinzipien der Leistungserbringung im Sozialrecht (1. Teil), VSSR 2011, S. 323, 337.

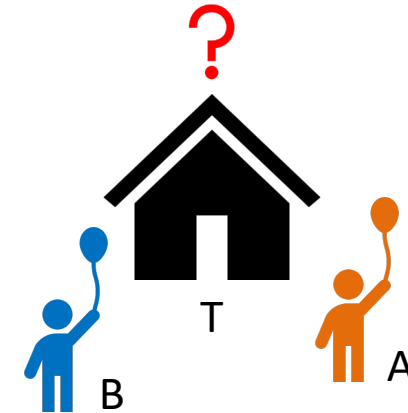
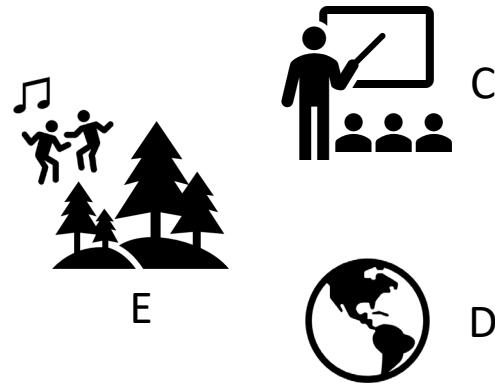


Fall 1: Individualisierungsprinzip und Wunsch- und Wahlrecht



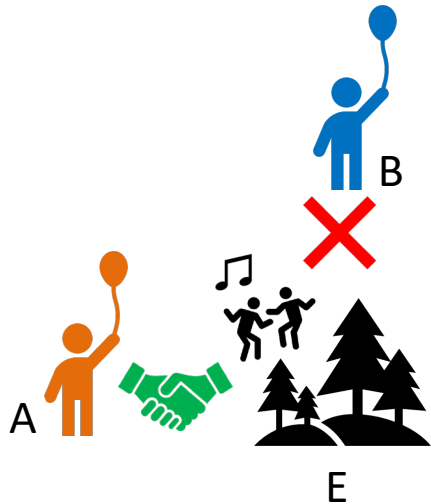


Fall 1: Individualisierungsprinzip und Wunsch- und Wahlrecht





Fall 1: Individualisierungsprinzip und Wunsch- und Wahlrecht



Sicherstellungsvereinbarung



- Wunsch- und Wahlrecht nur innerhalb der Kapazitäten
- Nachweis der Kapazitätserschöpfung
- sachgerechtes, transparentes Vergabeverfahren
 - Option 1: Verfahren durch Leistungsträger
 - Option 2: Verfahren durch Leistungserbringer



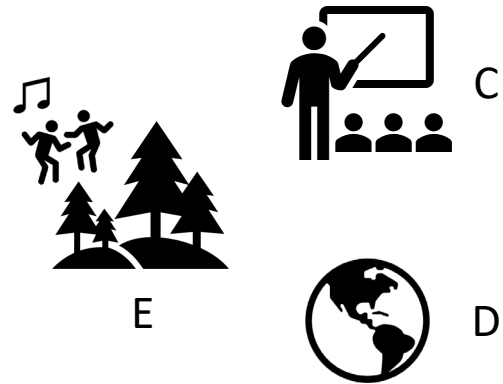
Fall 1: Individualisierungsprinzip und Wunsch- und Wahlrecht



- Normativ: Kein Verstoß gegen Wunsch- und Wahlrecht
- **Aber:** Je geringer die Kapazitäten, desto häufiger bleiben individuelle Bedarfe der Leistungsberechtigten unberücksichtigt
- **Spannungsverhältnis:** Individualisierungsprinzip – Kapazität

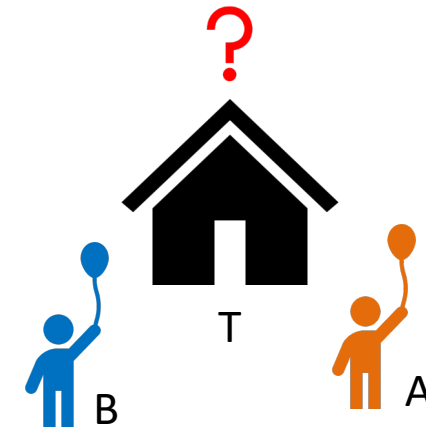
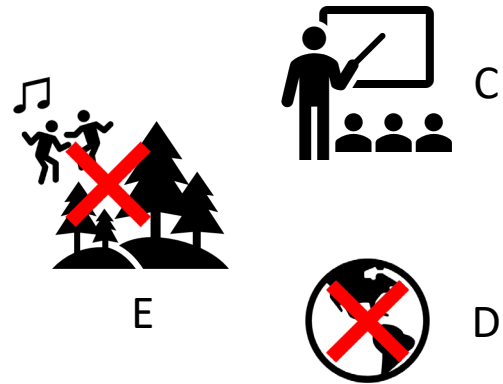


Fall 2: Sozialleistung





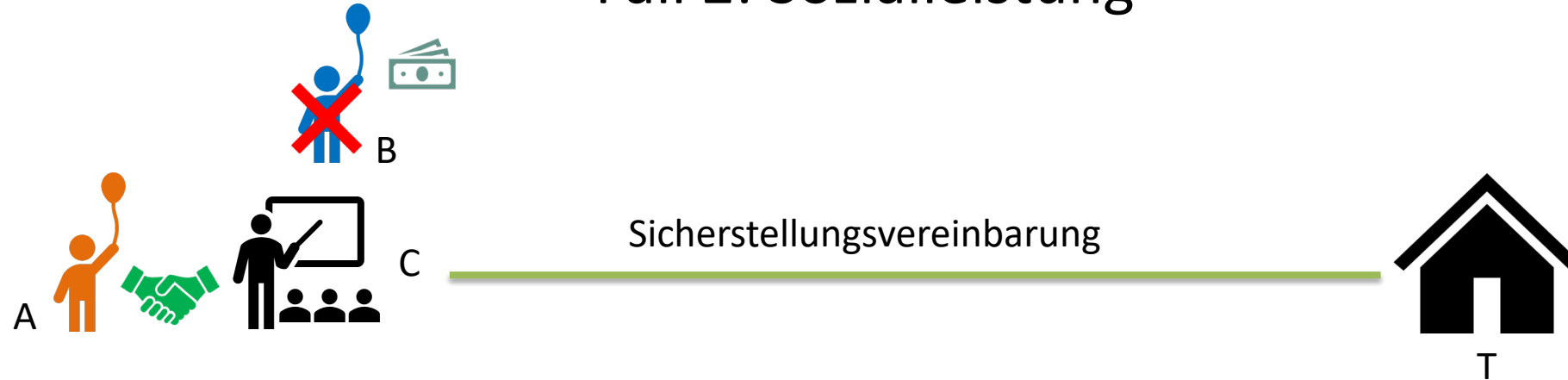
Fall 2: Sozialleistung



Bedeutungsverlust von Individualisierungsprinzip und Wunsch- und Wahlrecht



Fall 2: Sozialleistung



- Kein Einwand der Kapazitäterschöpfung gegen Anspruch auf Sozialleistung
- Amtshaftung Art. 34 GG i. V. m. § 839 BGB und Aufwendungsersatz § 36a Abs. 3 SGB VIII (analog)
- Erst-recht sachgerechtes, transparentes Vergabeverfahren
- Erhöhte normative Anforderungen (Grundrechtsrelevanz)



Kitaplatzvergabe in der Praxis

Süddeutsche Zeitung

Suche Kitaplatz, tue alles





Kitaplatzvergabe in der Praxis

- Ungleiche Nutzungsquote
 - Merkmale (ERiK-Forschungsbericht IV, 2024, S. 64 ff.)
 - Kein Migrationshintergrund
 - Bildungsstand der Eltern
 - Einkommen der Eltern
 - Exkurs: Transferleistungsbezug (nur 16 %, trotz § 10 Abs. 1 Nr. 3 SGB II)
 - Widerspruch zu Zielen frühkindlicher Förderung (BT-Druck 15/3676, S. 24)
- Institutionelle Ursachen (insb. Verteilungsentscheidungen)
 - Einfluss der Leistungsträger gering (Bader/Scholz, ZSR 2024, S. 12; Jehles, in Brüggemann/Hermstein/Nikolai (Hrsg.), 2023, S. 85; Menzel/Scholz, 2022, S. 114)
 - Einrichtungsleitungen entscheiden anhand von Kriterien, aber ohne verbindliche Vorgaben im „Modus reaktiver Flexibilität“ (Bader/Scholz, ZSR 2024, S. 11, 20 f.; Hogrebe et. al., in Schelle/Blatter/Michl/Kalicki, 2023, S. 88)
 - Sicherstellung sachgerechter, transparenter Vergabeverfahren nicht ersichtlich
 - Eher System der Selbstbeschaffung als der Vermittlung



Kitaplatzvergabe in der Praxis

Normativer Sonderfall
oder
Abweichung von normativen Anforderungen

Jugendhilfeträger nicht bloße „Zahlstelle“ für
selbstbeschaffte Leistungen (BVerwG NJW,
2014, 1256, 1260)

Keine „versteckte Verteilung“ möglich



Ausblick und Thesen

- Kapazitätsprobleme bleiben bzw. verschärfen sich zunehmend
 - Demographischer Wandel
 - Wirtschaftliche Situation
 - Ausweitung der Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe (etwa Ganztagsförderung, Inklusion, Sprachförderung)
- Sachgerechte, transparente Verfahren statt „versteckter Verteilung“
- Sicherstellungsverantwortung des Leistungsträgers gerade bei Kapazitätserschöpfung zentral
- Gesetzliche Rahmenbedingungen müssen Sicherstellung ermöglichen
- Private Zuzahlungen im Blick behalten



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für Feedback und Rückfragen melden Sie sich gerne jederzeit:

Carsten Schrempf

Doktorand am Max-Planck Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik

schrempf@mpisoc.mpg.de